

Die sieben wichtigsten Punkte in meinem Leben

1927: als Sohn des Privatforstmeisters Hubertus Großer in Oberschlesien geboren und aufgewachsen

1944-1948: Luftwaffenhelfer, Arbeitsdienst, Militär und russische Kriegsgefangenschaft

1949-1974: gärtnerische Ausbildung, Studium und Tätigkeit bei der Bayerischen Verwaltung der Staatlichen Schlösser, Gärten und Seen

1974-1982 und 1990-1994: Mitglied des Bayerischen Landtags

1955: bis zum Tode meiner Frau im Jahre 2007 52 glückliche Ehejahre

1956, 1958 und 1960: Geburt unserer drei Kinder

2009: Umzug von Oberschleißheim ins Augustinum München-Neufriedenheim

Ein „Riesenvieh“ sei der „Stein vom Geigelstein“, Wolf-Dietrich Großer geht extra in den Keller, um das Dokument einer erfolgreichen und für bayerische Verhältnisse ungewöhnlichen politischen Zusammenarbeit über Parteigrenzen hinweg zu holen. Zusammen mit Alois Glück (CSU) und Hans Kolo (SPD) erhielt der F.D.P.-Politiker 1981 den Stein als Auszeichnung dafür, dass die Umweltsprecher der drei Landtagsfraktionen durch überparteiliche Kooperation auf Landes- und Bundesebene den oberbayerischen Blumenberg vor einem Skizirkus bewahren konnten. Das hat den Weg für seine spätere Ausweisung als Naturschutzgebiet geebnet. Solche Allianzen für den Naturschutz waren im Bayerischen Landtag eher selten und nur möglich, wenn die große Parteilinie nicht betroffen war, erzählt Wolf-Dietrich Großer.

Wolf-Dietrich Großer war von 1974 bis 1982 und von 1990 bis 1994 bayerischer Landtagsabgeordneter der F.D.P. und Umweltsprecher seiner Fraktion.

Wolf-Dietrich Großer studierte in Weihenstephan Gartenbau und trat 1956 in die Bayerische Schlösser-



Wolf-Dietrich Großer (*1927)

und Seenverwaltung ein, wo er von 1963 bis 1974 Vorstand der Schloß- und Gartenverwaltung in Schleißheim war. Von 1983 bis 1990 war er Beamter im bayerischen Umweltministerium.

Der Geigelstein gilt als Paradebeispiel für fraktionsübergreifende Zusammenarbeit in der bayerischen Umweltpolitik. Warum?

Eine solche Zusammenarbeit zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien war in Bayern sehr selten. Dieser Fall ist ganz besonders, weil Politiker auf Landes- und Bundesebene zusammengearbeitet haben.

Worum ging es am Geigelstein?

Es ging darum, einen Skizirkus zu verhindern. Der Bundesgrenzschutz wollte 1979 mit Unterstützung des Präsidenten des Bayerischen Skiverbandes und da-



Verleihung des „Steins vom Geigelstein“ durch die Bürgerinitiative „Rettet den Geigelstein“, an die Abgeordneten (von links nach rechts) Wolf-Dietrich Großer F.D.P., Alois Glück CSU und Hans Kolo SPD durch den Vorsitzenden der Bürgerinitiative Karl Lindner (Foto: Foto Berger, Prien, 1981)

maligen F.D.P.-Bundeslandwirtschaftsministers Josef Ertl eine Skiabfahrt vom Geigelstein nach Sachrang einrichten. Der Geigelstein lag im Stimmkreis von Alois Glück, damals Umweltsprecher der CSU-Fraktion. Als Stimmkreisabgeordnetem und Kreisvorsitzendem der CSU Traunstein waren ihm die Hände gebunden, das zu verhindern. Der einzige Ausweg war, über den Bund Einfluss auf den Bundesgrenzschutz zu nehmen. Dort war die CDU/CSU aber in der Opposition und konnte nichts ausrichten. Also musste Glück sich jemanden suchen, der hier Einfluss hatte, und kam zu mir.

Und was haben Sie getan?

Ich fragte den Bundesinnenminister Gerhart Baum von der F.D.P., ob er auf den Bundesgrenzschutz einwirken könne.

Baum hatte aber Bedenken, mit dem bayerischen F.D.P.-Landesvorsitzenden Josef Ertl über Kreuz zu geraten, hinter den sich der Bundesgrenzschutz als Präsident des Bayerischen Skiverbandes ja geklemmt hatte.

Er könne nur etwas tun, wenn die F.D.P. in Bayern beschließe, dass sie den Skizirkus nicht will.

Ich habe dann mit Rosenheimer und Traunsteiner F.D.P.-Freunden gesprochen. Sie sollten am Bezirksparteitag einen entsprechenden Antrag stellen. Und diesen Antrag haben wir mit einer ganz großen Mehrheit am 31. März 1979 in Rosenheim verabschiedet.

Da war Josef Ertl nicht da...

Ja – der war nicht da. Ein Jahr später, am nächsten Parteitag, luden wir Gerhart Baum als Redner ein und haben ihm den oberbayerischen Antrag offeriert. Und dann hat Gerhart Baum als Chef des Bundesgrenzschutzes gesagt: „Wir brauchen keinen neuen Skizirkus am Geigelstein. Liebe Leute, ihr könnt auch nach Garmisch fahren. Da hat man mit viel Bundesmitteln die Skipisten ausgebaut.“ Da war die Sache vom Tisch.

Solche überparteilichen Allianzen waren aber eher selten...

Also ich kann mich im Natur- und Landschaftsschutzbereich eigentlich nicht erinnern, dass es so etwas wie mit dem Geigelstein noch einmal gegeben hat. Aber es gab immer wieder Verbindungen unter den Parteien, zum Beispiel bei der Verhinderung des großflächigen Torfabbaus in der Kendlmühlfilzen am Chiemsee. Auch dieses Gebiet lag im Stimmkreis von Alois Glück. Viele Bürger, der Bund Naturschutz, die SPD und auch die F.D.P. haben da sehr gut zusammengearbeitet. Zum Schluss hat noch Alois Glück über den Umweltausschuss mitgewirkt. Der Torfabbau wurde schließlich eingestellt, und das Moor wird jetzt wieder vernässt.

Hatte man als Oppositionspolitiker sonst große Chancen seine Anliegen durchzubringen?

Bei den Mehrheitsverhältnissen im Bayerischen Landtag war es, abgesehen von solchen Fällen überparteilicher Zusammenarbeit, schon sehr schwierig, bestimmte Dinge durchzubringen. Aber wenn man etwas sehr intensiv – auch gegen Widerstände – und um der Sache willen betrieb, konnte man etwas erreichen. Gute Vorschläge der Opposition wurden in der Regel zunächst bekämpft

und kamen dann wieder als eigene Ideen der Regierungspartei aufs Tablett. Dann stand halt nicht der eigene Name darunter.

Wo lagen generell die Grenzen der Zusammenarbeit?

Wo die großen Linien der Parteien berührt wurden – die Zusammenarbeit musste dann im Vorfeld erledigt werden, also bevor eine Sache in die Ausschüsse und ins Parlament kam.

Wenig Konsens gab es zum Beispiel beim Landesentwicklungsprogramm. Da hatten wir viele Auseinandersetzungen um wirtschaftliche Fragen. Der Wirtschaftsausschuss hatte einen großen Einfluss. Da ging es nicht, dass Teile der CSU-Fraktion im Umweltausschuss einen anderen Beschluss fassten, als es die Staatsregierung wollte.

Wie war das Verhältnis zur Staatsregierung?

Unterschiedlich. Das hing stark von Personen ab. Eine Sache hat mich sehr beeindruckt. Als ich 1974 in den Landtag gewählt wurde, kam Umweltminister Alfred Dick von der Ministerbank herunter, setzte sich neben mich und sagte: „Herr Kollege, Sie sind ja jetzt neu im Landtag. Ich will Ihnen nur sagen, wenn Sie Informationen aus meinem Haus brauchen, können Sie sie jederzeit bekommen. Ich war als Fraktionsvorsitzender der CSU im Stadtrat von Straubing in der Opposition. Ich weiß, was Oppositionsarbeit bedeutet.“

Und noch etwas hat mich beeindruckt: Als die F.D.P. 1982 nicht in den Landtag gewählt wurde, bot mir Ministerialdirektor Dr. Buchner eine Stelle am Umweltministerium an. Ich wechselte dort in die Naturschutzabteilung und ging nicht zurück zur Schlösser- und Seenverwaltung.

Nach Ihrer Pensionierung ließen Sie sich 1990 noch einmal in den Landtag wählen. Wie kommt es, dass ein liberaler Politiker sich so für Natur- und Umweltschutz engagiert?

Naturschutz ist meiner Ansicht nach in allen politischen Parteien beheimatet und weltanschaulich – ich meine das nicht parteipolitisch – ein liberales Thema.

Für mich ist Naturschutz eine Grundeinstellung, die mir gewissermaßen in die Wiege gelegt wurde. Schon mein Großvater und mein Urgroßvater waren Forstleute. Ich bin in Oberschlesien aufgewachsen, wo mein Vater Privatforstmeister auf einem großen Gut war. Er hat mich sehr viel mitgenommen in den Wald.

Ich wollte eigentlich auch Förster werden. Weil sich das nach meiner Kriegsgefangenschaft für einen „Flüchtling“ in Bayern nicht verwirklichen ließ, bin ich Gartenbauingenieur geworden. Ich war zunächst ganz unpolitisch.

Wie kamen Sie dann zur Politik?

In die F.D.P. bin ich erst 1966 eingetreten. Ich war ein großer Anhänger von Hildegard Hamm-Brücher. Noch ohne parteipolitisch zu sein, habe ich mich für das Volksbegehren für eine christliche Gemeinschaftsschule engagiert. Die Kinder wurden damals in bayerischen Schulen häufig noch nach Konfessionen getrennt. Als 1966 die F.D.P. dann noch den Einzug in den Landtag verpasste und die NPD ins bayerische Parlament einzog, habe ich mir gesagt: „Jetzt musst du mehr tun als wählen.“

Natur- und Umweltschutz wurden für Sie aber bald auch politisch zum Thema?

Ja. 1971 wurde auf meinen Antrag hin in der bayerischen F.D.P. ein Arbeitskreis „Umweltschutz“ und später ein „Landesfachausschuss für Umweltpolitik“ gegründet, dessen Vorsitz ich hatte.

Ich habe damals an den sogenannten „Freiburger Thesen“ der F.D.P. mitgearbeitet, die die Neuausrichtung für einen sozialen Liberalismus vorgaben. Als diese 1971 beim Bundesparteitag der F.D.P. in Freiburg verabschiedet wurden, wurde übrigens in Deutschland erstmals in einer Partei ein umweltpolitisches Programm mitbeschlossen.

Was beschäftigte einen Umweltpolitiker in den 70er Jahren?

Insgesamt herrschte unter der Regierung Brandt/Scheel Aufbruchstimmung. Dies betraf auch die Natur- und Umweltschutzpolitik. Politisch war vor allem der technische Umweltschutz Thema. Es ging unter anderem um die

Reinhaltung der Luft, um sauberes Trinkwasser und später um die Atomkraft.

Die F.D.P. war damals „die“ Umweltpartei. Auf Bundesebene setzten sich die Liberalen für die Umwelt ein. Bundesinnenminister der F.D.P. war Hans-Dietrich Genscher. Er hat das Bundes-Immissionsschutzgesetz, das Wasserschutzgesetz und alle diese technischen Fragen, die damals sehr im Vordergrund standen, in Gesetze gegossen und auch durchgesetzt.

Aber Ihnen ging es immer auch um die Ökologie?

Ja – ich habe immer versucht, die ökologischen Fragen ein bisschen in den Vordergrund zu stellen. Insgesamt war es innerhalb der F.D.P. damals viel leichter, für ein technisches Problem einzutreten, als für ein ökologisches. Ich hörte oft Sätze, wie: „Du kommst wieder mit deinem ausgestorbenen Hasen daher.“

Sie mussten also hartnäckig sein.

Haben Sie sich in der F.D.P. durchsetzen können?

Nein – nicht immer. Meine größten umweltpolitischen Niederlagen erlebte ich in der eigenen Partei. Diese waren schlimmer als die im Landtag, da sie mir politisch den Rückhalt entzogen.

Wir waren im Landesfachausschuss Umwelt der F.D.P. explizite Gegner des Ausbaus der Kernenergie. In Bayern stand in den 70er Jahren das Kernkraftwerk Grafenrheinfeld zur Debatte. Wir sagten, so lange die Frage der Entsorgung nicht geklärt ist, kommt ein Atomkraftwerk überhaupt nicht in Frage. In der Entscheidung für oder gegen die friedliche Nutzung der Kernenergie scheiterten wir aber innerhalb der Bundes-F.D.P. in einer schriftlichen Abstimmung mit nur einer Stimme gegen die Befürworter unter Federführung des damaligen Bundeswirtschaftsministers Otto Graf Lambsdorff.

Die zweite innerparteiliche Niederlage erlebte ich beim Beschluss der F.D.P., eine Wiederaufbereitungsanlage im nordrhein-westfälischen Kalkar zu bauen, die unter der Rücktrittsdrohung der Bundesminister zustande kam. Aus Protest habe ich damals den Bundesfachausschuss für Umweltpolitik verlassen. Zufrieden war ich, als Kalkar dann doch nicht gebaut wurde.

Was ist heute, wenn Sie zurückblicken, im Natur- und Umweltschutz anders als in den 70er Jahren?

Damals herrschte Aufbruchstimmung. Das Bewusstsein war anders. Es ging der Bevölkerung gut. Das Argument „Ihr macht die Arbeitsplätze kaputt“ spielte nicht diese Rolle wie heute. „Erhaltet die Landschaft.“ Das wurde positiv gesehen. Als es wirtschaftlich schwieriger wurde, bekamen alle Oberwasser, denen diese Linie nicht gefiel. Aber langsam, glaube ich, setzt sich zumindest in der F.D.P. – bei den anderen Parteien kann ich das nicht so beurteilen – die Erkenntnis durch: Wir haben das Thema Umwelt etwas vernachlässigt.



Wolf-Dietrich Großer mit Tobias Thalhammer, seinem Nachfolger in der derzeitigen F.D.P.-Landtagsfraktion, bei einer Exkursion an das „Grüne Band“ bei Waidhaus an der tschechischen Grenze (Foto: privat, 2010)